

An die Bundesregierung,
an die Entscheidungsträger/-innen im Deutschen Bundestag,
zur Information an die Pressevertreter/-innen,
zur Information an die Bürgerinnen und Bürger,

**Offener Brief zum Weltfriedenstag an die Bundesregierung und die Parteien im Bundestag
– Kritik an der Ukraine-Eskalationspolitik –**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrte Ministerinnen und Minister,
sehr geehrte Partei- und Fraktionsvorsitzende,
sehr geehrte Pressevertreterinnen und Pressevertreter,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie anlässlich des Weltfriedenstages am 01.09.2023. Wir, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, sind schockiert von Ihrer Politik und den Ergebnissen des NATO-Gipfels in Vilnius. Wir sind hochgradig besorgt um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Die Gefahr der Ausweitung des Stellvertreter-Kriegs in der Ukraine wächst von Tag zu Tag. Der Wirtschaftskrieg gegen Russland verschärft durch ständig erweiterte Sanktionen auch die Lage weltweit: Rasant gestiegene Energie- und Lebensmittel-Preise treffen uns und noch mehr die Länder im globalen Süden. Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik in der Ukraine und weltweit, um die Rutschbahn Richtung 3. Weltkrieg zu stoppen! Wie wollen Sie uns garantieren, dass das durch fortlaufende Kriegseskalation nicht passiert? Sie sind von uns gewählt und in unserem Namen vereidigt worden, um eine Politik zum Wohle der Bevölkerung zu praktizieren und um „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“!

Wir üben Kritik am NATO-Gipfel und der Politik der Bundesregierung:

- insbesondere an den **angedachten NATO-Beitritten der Ukraine** und Georgiens – einer **hochroten Linie für Russland**, wodurch der verhängnisvolle Weg der NATO-Osterweiterung im Widerspruch zu den Zusagen von 1990 und des Zwei-plus-Vier-Vertrages fortgesetzt würde
- an der Verschärfung der **Konfrontation mit China** durch Ausweitung des NATO-Einflusses in den Pazifik, was unserem Grundgesetz widerspricht
- an der weiteren **Hochrüstung**, einschließlich der **nuklearen Teilhabe** und damit der Erhöhung der Rüstungsausgaben, die auf Konfrontation statt auf Diplomatie setzt; mit der **Mittelverschwendung für Zerstörung** und der dadurch einhergehenden Gefahr einer Eskalation bis zu einem **nuklearen Inferno** fehlen diese **Mittel u.a. für soziale Ausgaben**. Genannt seien nur die Grundsicherung für Kinder und im Alter, die Verbesserung und Förderung des Bildungssystems, Sicherung des Gesundheitssystems sowie der Ausbau und die Erneuerung der Infrastruktur
- an der Lieferung und dem Einsatz **geächteter Streubomben und Uranmunition**, die, wie Berichte u.a. aus dem Irak und Serbien zeigen, auch noch langfristig große **Schäden an Zivilbevölkerung und Umwelt** bis hin zu atomarer Verseuchung von großflächigen Regionen verursachen

- an der Lieferung von **atomwaffenfähigen F16-Kampfbombern** an die Ukraine
- an dem Transport von Kriegsmaterial via Deutschland über das **NATO/US-Drehkreuz Ramstein**
- an der Verhängung von **Sanktionen** ohne UN-Beschluss, die völkerrechtswidrig sind und auch zum massiven und langfristigen **Schaden des Wirtschaftsstandorts Deutschland** führen
- an dem Verschweigen oder Kleinreden der immensen **Umwelt- und Klimafolgen aller Kriege** für die gesamte Menschheit
- an der geplanten dauerhaften Stationierung von **4.000 Bundeswehrsoldatinnen- und Soldaten** im Baltikum – **direkt an der Grenze zu Russland (!)** – in Anbetracht der deutschen Geschichte

Wir fordern von Ihnen als verantwortliche Politikerinnen und Politiker den Einsatz für eine diplomatische Lösung statt ständiger Eskalation:

- **Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine!**
Waffen retten keine Menschenleben, sie sind Tötungsmaschinen! Waffen verlängern militärische Konflikte und führen zu deren weiteren Verschärfung. Tod, Leid, langanhaltender Hass der Völker untereinander, dauerhafte Verseuchung der Umwelt (z. B. durch abgereicherte Uranmunition) und unvorstellbare Zerstörung sind dann die Folge.
- **Einsatz für einen sofortigen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen!**
Frieden gelingt nur, wenn die Diplomatie wieder die Oberhand gewinnt. Hierzu ist internationaler Druck auf die Kriegsparteien und de facto Beteiligte wie die USA/NATO notwendig, um einen bedingungslosen Waffenstillstand herzustellen. Der Ball für Verhandlungen liegt bei den NATO-Staaten.
- **Einsatz für Friedensverhandlungen für eine dauerhafte Friedensordnung!**
Friedensverhandlungen sind nur erfolgreich, wenn die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt und umgesetzt werden. Kein Land darf seine Interessen auf Kosten der Sicherheit eines anderen Landes durchsetzen. Bestehende ethnische Konflikte in einzelnen Ländern können nur nach dem Prinzip der Selbstbestimmung gelöst werden.
- **Ächtung/Zerstörung aller Massenvernichtungswaffen!**
Eine dauerhafte Friedensordnung setzt notwendigerweise den Abbau von Waffenarsenalen und Feindbildern sowie das Verbot von Kriegspropaganda voraus. Aus diesem Grund fordern wir das Wiedereinsetzen der Abrüstungsverträge und die **Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages sowie den Abzug der US-Atomwaffen** aus Deutschland (Büchel) gemäß Bundestagsbeschluss 2010. Mit der so erzielten Friedensdividende könnten die großen Menschheitsaufgaben in Angriff genommen werden, wie die Beseitigung des Hungers, Umwelt- und Klimaschutz etc.

Wir weisen auf die hohe Zahl der Unterstützung des „**Manifest für Frieden**“ von Wagenknecht/Schwarzer/u.v.m. mit bisher **ca. 850.000 Unterzeichnern** hin:
<https://www.change.org/p/manifest-f%C3%BCr-frieden>

Mit friedvollen Grüßen

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sammlungsbewegung **aufstehen**¹

¹ Erarbeitet vom Themenraum „Frieden, Abrüstung & Außenpolitik“ – 10. August 2023